

Forschung für den Schulalltag

Wissenschaftspolitik: Die bisherige CDU-Landesregierung hat über Jahre einseitig auf die empirische Bildungsforschung gesetzt. Deshalb wurden zu wenig umsetzbare Konzepte entwickelt. Auch die Lehrerbildung an den Universitäten wurde seit Jahrzehnten sträflich vernachlässigt. Die neue Landesregierung muss in der Politikberatung, der Forschungspolitik und vor allem der Ausstattung der Lehrerbildung umsteuern.

Politikberatung im Bildungswesen

In den vergangenen Jahren wurden vom Kultusministerium wiederholt Wissenschaftler/innen zur Beratung herangezogen, etwa in der Kommission zur Bildungsungleichheit. Dabei wurden fast durchweg die empirische Bildungsforschung favorisiert. Der Begriff wird in der deutschsprachigen Forschungslandschaft zwar unter-

suchungsforschung dringt selten in Mikroprozesse von Schule und Unterricht und kann damit kaum Handlungswissen bereitstellen, etwa in didaktischer Hinsicht. Das Steuerungswissen hat vor allem zu mehr Evaluationsverfahren geführt, nicht zu alltagsnaher Beratung von Lehrkräften und zu systematischer Veränderung und Verbesserung des (Unterrichts-)Alltags. In diesem Zusammenhang spielt für Baden-Württemberg die

neue aus. Das wäre an sich nicht zu kritisieren. Problematisch ist die einseitige Ausrichtung auf Bildungsforschung. Auch eine zweite Schiene muss gestärkt werden: die wissenschaftliche Begleitung von Modellschulen und die alltagsnahe, forschungsbasierte Unterrichts- und Schulentwicklung. Nach mehreren PISA-Durchgängen und unzähligen länderspezifischen, nationalen und internationalen Schulleistungsvergleichsstudien sind die Probleme bekannt und es liegen genügend Daten vor (z.B. zu Bildungsungleichheit). Es fehlt an alltagstauglichen Umsetzungs- und Entwicklungskonzepten, z.B. für den Umgang mit Heterogenität. Die Politikberatung in der Kultusverwaltung sollte zukünftig über ein wissenschaftliches Beratungsgremium erfolgen, das mit Expert/innen aus verschiedenen Disziplinen der Pädagogischen Hochschulen und Universitäten besetzt wäre. So wäre nicht nur ein breiterer Konsens in der Politikausrichtung möglich, sondern auch eine nachhaltigere Schul- und Unterrichtsentwicklung. Eine Nebenbemerkung: Die bisherige Politikberatung wurde weitgehend von Wissenschaftler/innen getragen, die das dreigliedrige Schulsystem öffentlich nicht in Frage stellen.



schiedlich definiert, aber zentrales Kennzeichen empirischer Bildungsforschung ist zumeist die quantitative Forschung mit großen Stichproben. Dabei wird ganz vorrangig Steuerungswissen erzeugt, das für bildungspolitische Entscheidungen hilfreich sein kann. Verändert werden daraufhin insbesondere strukturelle Stellschrauben (z.B. Standards, Vergleichsarbeiten, Evaluationsverfahren) - die Veränderungen lassen jedoch Lehrer/innen vor Ort mit ihren Problemen alleine: Empirische Bil-

Stärkung der empirischen Bildungsforschung eine entscheidende Rolle. An manchen Standorten wurde dieser Bereich großzügig mit Professuren ausgestattet (die Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen) und mit universitären Profilierungsstrategien verbunden. Die Entwicklung hat auch die Pädagogischen Hochschulen erfasst, etwa bei der Ausschreibung von Professuren zu empirischer Bildungsforschung. Sie richten damit ihre spezifischen Professionalisierungs- und Forschungschancen

Wissenschaftliche Begleitung von Modellschulen

Die neue Landesregierung sollte die Chance nutzen, Modellschulen und Schulversuche zu stärken und diese begleitend zu erforschen. Entscheidend ist dabei, welche Art der Begleitforschung stattfindet. Wenn hier wieder vorrangig mit Vergleichsstudien und Leistungstests gearbeitet wird, dann erfährt man zwar, welche Schule höhere oder niedrigere Schulleistun-

gen erzielt, die Erkenntnisse können jedoch didaktisch kaum genutzt werden. Eine sinnvolle Begleitforschung lässt sich in zwei Phasen unterteilen. In der ersten Phase wird die Entwicklung der Konzeption wissenschaftlich begleitet und unterstützt. Dabei geht es um eine forschungsbasierte Schulentwicklungsberatung, durchaus kombiniert mit einer datenbasierten Analyse des Unterrichts- und Schullebens. In einer zweiten Phase, wenn die Konzeption im Alltag implementiert ist, kann eine differenzierte Begleitforschung folgen. Diese differenzierte und didaktisch akzentuierte Forschung ist notwendig, wenn anspruchsvolle und komplexe Lernumgebungen (z.B. zum Umgang mit Heterogenität) untersucht werden sollen. Geeignete Verfahren sind dafür beispielsweise Videostudien, Unterrichtsbeobachtung, Interviews sowie Kombinationen aus quantitativen und qualitativen Verfahren. Diese Verfahren können in dieser zweiten Phase mit Verfahren der empirischen Bildungsforschung (z.B. Längsschnittstudien, Leistungstests) kombiniert werden. Erst dann wird es möglich, z.B. bei guten Schulen herauszuarbeiten, weshalb sie gut sind und dieses Wissen dann für andere Schule zu nutzen.

Strategien der Wissenschaftsförderung

Neben der Politikberatung gibt es durch die einseitige Ausrichtung der Wissenschaftspolitik noch weitere Probleme. Es wird immer mehr Geld in themenspezifische Ausschreibungen und nicht in Grundstrukturen investiert. Wissenschaftler/innen sind permanent gefordert, Anträge für Ausschreibungen zu formulieren. Die für Forschung und Lehre erforderliche Grundausstattung ist in der Lehrerbildung nicht vorhanden oder sehr gering. Ausschreibungen zur Lehrerbildung sind sehr selten und werden oft von empirischen Bildungsforscher/innen "gewonnen", die über hohe Methodenkompetenz im quantitativen Bereich verfügen. Empirisch arbeitende Bildungsforscher/innen kommen oft

aus der Psychologie, haben sich lange forschungsmethodisch qualifiziert und wenden anspruchsvolle statistische Verfahren an. Ob sie dabei Erziehungswissenschaft studiert haben oder Schulpraxis nachweisen können, ist absolut nachrangig. Bei Berufungsverfahren sind Wissenschaftler/innen mit schulpraktischen Erfahrungen gegenüber Psycholog/innen benachteiligt: sie sind häufig zu alt, haben in ihrer Ausbildung zu wenig Forschungsmethoden erlernt und können mit ihren Veröffentlichungslisten nicht konkurrieren, da die Standards hier inzwischen sehr hoch sind (z.B. Veröffentlichungen in englischsprachigen internationalen Peer-Review-Zeitschriften)

Eine engere Verbindung zwischen Lehrerbildung, Nachwuchsförderung und Schulentwicklung wäre möglich, wenn Ausschreibungen explizit nicht nur Forschungsergebnisse honorieren würden, sondern auch damit verbundene Entwicklungsarbeit in der Lehrerbildung und Schulentwicklung - und zwar nicht nur als Zielformulierung, sondern mit Personalausstattung.

Strukturprobleme der Universitäten

Die Lehrerbildung an den baden-württembergischen Universitäten hat eine völlig defizitäre Grundausstattung. Eine so unzureichende Ausstattung ist in keiner anderen Fachwissenschaft erkennbar. Die Defizite zeigen sich vorrangig in den nicht-fachwissenschaftlichen Bereichen: Bildungswissenschaftliches Begleitstudium (BWBS), Ethisch-philosophisches Grundlagenstudium (EPG), im neuen Bereich 'Modul personale Kompetenzen' (MPK) und insgesamt natürlich bei den völlig vernachlässigten Fachdidaktiken. Diese Bereiche sind praktisch nicht mit Professuren ausgestattet. Deshalb gibt es so viele (studiengebührenfinanzierte!) Lehraufträge und Lehrerabordnungen in diesen Bereichen – das sind die unverbindlichsten und billigsten Lösungen. Innerhalb der Universitäten hat die Lehrerbil-

dung aufgrund der Dominanz der traditionsreichen Fachwissenschaften einen nahezu aussichtslosen Stand. Inneruniversitär wird es nicht zu Strukturveränderungen zugunsten der Lehrerbildung kommen. Und an den Universitäten werden für die Lehrerbildung Lösungen akzeptiert, die in anderen wissenschaftlichen Disziplinen nicht akzeptiert würden. Dazu zählt neben der defizitären Grundausstattung etwa die Tatsache, dass die fachdidaktischen Lehrangebote teilweise von Mitarbeiter/innen der zweiten Phase übernommen werden. Das wäre für fachwissenschaftliche Studienanteile völlig undenkbar. Diese Mitarbeiter/innen forschen nicht und sind in der „scientific community“ nicht verankert, sie argumentieren größtenteils erfahrungs- und nicht forschungsbasiert. Dies mag in manchen Fällen sinnvoll sein, widerspricht aber dem universitären Selbstverständnis und definierten Standards.

Exzellenzinitiative ohne Lehrerbildung

Die Exzellenzinitiative hat die Universitäten sehr verändert. Positiv betrachtet wurden bei den bewerbenden Universitäten Schwerpunkte gebildet und Kompetenzen synergetisch genutzt, z. B. durch gezielte Berufungspolitik, Zusammenlegung von Fakultäten, aber auch durch die baden-württembergische Ausbauplanung 2012. Innerhalb der Universitäten hat der Konkurrenzkampf um die Exzellenzinitiative zu deutlichen Hierarchien und unterschiedlichen Ressourcenlagen geführt. Auffällig ist daran, dass Lehrerbildung in Baden-Württemberg nicht in Bewerbungen um die Exzellenzinitiative aufgenommen wurde (im Gegensatz z.B. zur TU München). Lehrerbildung gilt in Baden-Württemberg offenbar nicht als ein rentables und profitables Feld der Forschung und Exzellenz.

Michael Hirn
AG Lehrer/innenbildung